



INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

Sicherung der Daseinsvorsorge in Zeiten von Bevölkerungsrückgang und Privatisierung

Das Thema „Sicherung der Daseinsvorsorge in der Fläche“ ist nicht neu. Es gewinnt aber im aktuellen Diskurs über die Neuinterpretation des Postulates der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands und unter den Rahmenbedingungen von Bevölkerungsabnahme und -alterung mehr und mehr an Bedeutung.

Die Öffentlichkeit reagiert immer dann sehr sensibel, wenn es um die Verschlechterung des Versorgungsniveaus oder Verteuerung von Leistungen geht, die allgemein unter dem Begriff der Daseinsvorsorge zusammengefasst werden: die Versorgung mit Energie, Wasser, Telekommunikation, öffentlichem Nah- und Fernverkehr, Post, Abfall- und Abwasserentsorgung ebenso wie die Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen, z. B. Gesundheitsdienste, Kinderbetreuung, Schulausbildung, Altenpflege und Kulturangebote.

Die öffentliche Verantwortung für das Daseinsvorsorgeangebot unterliegt einem grundlegenden und einschneidenden Strukturwandel. An die Stelle der ursprünglichen Erfüllungsverantwortung des Staates tritt eine Gewährleistungsverantwortung. Dahinter stehen zwei Entwicklungen: der demographische Wandel mit räumlich unterschiedlich ausgeprägten Bevölkerungsrückgängen sowie die Trends der Ökonomisierung und Privatisierung der Gemeinwirtschaft bzw. Versorgungswirtschaft. In fast allen Daseinsvorsorgebereichen werden sich in Folge sinkender Nachfrage Tragfähigkeitsprobleme einstellen, die der Aufrechterhaltung des heutigen Angebotsniveaus drastische Kostengrenzen setzen.

In Zeiten des Bevölkerungsrückgangs verringert sich nicht nur das Dienstleistungsangebot, auch der Konsum der Leistungen wird vielfach teurer. Zudem nimmt infolge von Privatisierung und Liberalisierung der Wettbewerbsdruck zu, so dass gewinnorientierte Anbieter ihre Versorgungsleistungen in Räumen mit Nachfrageproblemen überdenken. Können Organisationswandel und Automatisierung nicht im ausreichenden Maße Kosten sparen, besteht für private Anbieter ein wirtschaftlicher Anreiz zum Rückzug aus der Flächenversorgung.

Generell besteht eine Tendenz zum Rückzug der Versorgung aus dünn besiedelten, ländlichen Gebieten. Aber auch Städte sind betroffen, wenn Dienstleistungen nicht mehr betriebswirtschaftlich rentabel bereitgestellt werden können, weil die Nachfrager fehlen. Aktuell werden eine Ausdünnung des Filialnetzes der Post, Streckenstilllegungen im Zuge der Bahnprivatisierung oder die unzureichende Versorgung des ländlichen Raumes mit Breitband-Kommunikationsinfrastrukturen diskutiert.

Das erste Heft des Jahrgangs 2008 der Informationen zur Raumentwicklung „Infrastruktur und Daseinsvorsorge in der Fläche“ beleuchtet deshalb mit Beiträgen aus ganz unterschiedlichen Sektoren die Probleme der Grundversorgung in der Fläche.

Den Einstieg in das Thema übernehmen drei Beiträge, in denen das rechtliche Prinzip der Grundversorgung am Beispiel von Mindeststandards erläutert, in die Regulierung öffentlicher Daseinsvorsorge durch die Raumordnung eingeführt und die Änderung des



Das IZR-Themenheft ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 12,00 € (zzgl. Versand)

Inhalt:

- Sicherung der Daseinsvorsorge
- 1. Regionaler Demografiekonvent
- Stadt und Land in der Raumentwicklung
- Geofachdaten aus der Laufenden Raumbeobachtung
- Flächen sparen und Klima schützen
- Transnationale Zusammenarbeit
- Raumwirksame Mittel
- Historische Determinanten der Raumanalyse
- Raumbilder und Stadtentwicklung
- Nationale Stadtentwicklungspolitik
- Geschäftsbericht BBR
- *Neues aus der Forschung*

Kontakt:

Klaus Einig
 Martin Spangenberg
 Referat I 1
 Raumentwicklung
 Tel.: 0228 99 – 401 23 03
 401 22 35

E-Mail:
 klaus.einig
 @bbr.bund.de
 martin.spangenberg
 @bbr.bund.de

Infrastrukturparadigmas öffentlicher Planung diskutiert werden. Im zweiten Teil des Heftes steht der Blick in das Ausland im Vordergrund. Berichtet wird über Erfahrungen mit der Flächenversorgung in Österreich und der Schweiz. Die Beiträge im dritten Teil untersuchen, wie die Grundversorgung in der Fläche für unterschiedliche Bereiche der Daseinsvorsorge organisiert ist. Behandelt werden Post- und Telekommunikationsdienste, die Krankenhausversorgung, die Sicherung kritischer Infrastrukturen und die Wasserwirtschaft. Das Heft wird von einem Beitrag über die Erfahrungen aus einem Modellvorhaben der Raumordnung abgerundet,

der dokumentiert, wie eine infrastrukturbereichsübergreifende Abstimmung des Anpassungsprozesses im Kontext regionaler Netzwerkstrukturen gelingen kann.

Anliegen des Themenheftes ist es, nicht nur eine Analyse des Standes der Daseinsvorsorge in der Fläche für unterschiedliche Bereiche der Daseinsvorsorge aus planerischer und rechtlicher Sicht zu geben, sondern auch Ansatzpunkte für die praktische Bewältigung des anstehenden Anpassungsprozesses der Daseinsvorsorge an die gewandelten Nachfragestrukturen aufzuzeigen.

IzR: Mehr Informationsangebote im Internet unter www.bbr.bund.de/Veroeffentlichungen/IzR

Unser Ziel: IzR mit Anschluss ans Netz

Seit fast 40 Jahren steht die IzR für die aktuelle Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Themen der Raum- und Stadtentwicklung. Das bleibt auch so. Doch online wollen wir den Rahmen der Zeitschrift so weit zeit- und mediengerecht erweitern, wie es unsere Ressourcen erlauben.

Diesem Ziel hoffen wir gemeinsam mit den Autoren der IzR, ihren Lesern und den Internetnutzern näherzukommen. Das heißt: Im Dreiklang von Information, Kommunikation und Service und dabei möglichst im Gleichschritt von Autoren, Lesern und Herausgeber möchten wir auf der Internetseite der IzR unter www.bbr.-bund.de/Veroeffentlichungen/IzR noch mehr Wissen kumulieren – und für alle bereitstellen.

Gemeinsam mit den Autoren ...

Von den Autoren, also i.d.R. Wissenschaftlern und Praktikern, erhoffen wir uns eine Anreicherung der IzR durch zugespitzte Experten-Tipps im Internet. Im Zentrum stehen dabei Hinweise auf grundlegende oder vertiefende Literatur oder Internetseiten zum aktuellen IzR-Thema. I.d.R. wird dies heißen: Hebung und übersichtliche Auflistung der ohnehin in den Heftbeiträgen verstreuten „Schätze“. Damit wollen wir die nachhaltige Rezeption des Heftes und des Themas erleichtern und unterstützen.

... sowie den Lesern und Internetnutzern ...

Von den Lesern und Internetnutzern wünschen wir uns lebendige Kommentare und Kritik, fachliche Anregungen und Ergänzungen – zu den Themen der IzR, aber auch zur Zeitschrift allgemein. Ein erster Schritt dahin ist ein Leserbriefkasten auf der IzR-Internetseite. Wir würden uns freuen, wenn er bald von einer lebhaften Diskussion zeugen würde. Reden Sie also mit und sagen Sie uns Ihre Meinung oder was Sie (noch) zu dem Thema beitragen

möchten. Die Inhalte werden natürlich gepflegt und den jeweils angesprochenen Heften bzw. Themen als Kommentare oder auch Tipps zugeordnet.

... zum „Online-Mehrwert“ der IzR beitragen

Natürlich will auch das BBR als Herausgeber zum „Online-Mehrwert“ der IzR beitragen. Schon jetzt bietet das Online-Archiv der IzR freien und kostenlosen Zugang zu allen vorjährigen Heften. Zu allen Beiträgen der aktuellen IzR stehen die Kurzfassungen sowie ab sofort ein voller Beitrag online zur Verfügung.

Neu ist auch die Möglichkeit für Abonnenten und Fachbibliotheken, unseren „Premium Service“ zu nutzen. Damit können Abonnenten schon vor Auslieferung online auf das aktuelle Heft und seine Beiträge zugreifen.

Ein wesentlicher Mehrwert, den wir beitragen wollen, greift auf eine Stärke des BBR zurück, und zwar seine thematischen Grafiken und Karten. Zu jedem Heftthema werden wir ein, zwei oder auch mehrere informative Abbildungen zum Download zur Verfügung stellen, in der Hoffnung, dass sie den Lesern und Internetnutzern bei der eigenen Arbeit mit dem Thema nützlich ist.

Natürlich verstärken wir auch den allgemeinen Service für unsere Internetnutzer. An erster Stelle stehen hier Erleichterungen bei der Themensuche in der IzR, aber auch bei der Direkt-Bestellung von IzR-Heften.

Tipp: IzR-Newsletter abonnieren

Last not least: Ab sofort können Sie sich Erstinformationen zu neuen IzR-Heften auf Ihren PC holen. Abonnieren Sie dazu einfach den IzR-Newsletter. Er zeigt Ihnen neue IzR-Hefte noch vor Erscheinen an und führt Sie zu allen weiteren Informationen und Angeboten im Internet. Dafür reicht eine einfache Mitteilung oder E-Mail an die Redaktion (s. untenstehende Adresse).

Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzept Diskussionspapier

Das Modellvorhaben der Raumordnung „Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzept – gesellschaftspolitische Ziele und räumliche Organisation in der Diskussion“ zielt auf einen breiten Erfahrungsaustausch der Länder untereinander und mit dem Bund sowie der wissenschaftlichen Szene ab, um die Zentrale-Orte-Konzepte weiter zu entwickeln. Der Erfahrungsaustausch wird dabei über eine Fachtagungsreihe organisiert. Drei der insgesamt vier vorgesehenen Fachveranstaltungen wurden schon mit Ländervertretern, wissenschaftlichen Planungsinstitutionen, kommunalen Spitzenverbänden sowie themenbezogen eingeladenen Wissenschaftlern durchgeführt:

- am 9. Mai 2007 in Berlin zum aktuellen Sachstand Daseinsvorsorge: Situation, Rahmenbedingungen und deren Entwicklung, Handlungsbedarf, Handlungsmöglichkeiten und -optionen;
- am 24. Oktober 2007 in Bonn zur Privatisierung öffentlicher Leistungen auf Grundlage der Sonderexpertisen zur Ableitung grundsätzlicher Folgerungen für die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge sowie
- am 21. Februar 2008 in Berlin zu den Handlungserfordernissen in Schrumpfungsräumen und den besonderen Handlungsmöglichkeiten, Anforderungen an die Mindestversorgung.

Die Abschlusstagung folgt am 12. Juni 2008. Dort geht es schließlich um die Folgerungen für das Zentrale-Orte-Konzept und Aufgaben von Raumordnung und Landesplanung sowie die Ausgestaltungsmöglichkeiten künftiger Förderprogramme.

Als bisherige Ergebnisse sind unter anderem festzuhalten (siehe Diskussionspapier):

- Zentrale Orte stellen ein wichtiges, wirksames Steuerungsinstrument zur Sicherung der Daseinsvorsorge dar.
- Die Ausrichtung der Fachplanungen und privatwirtschaftlicher Leistungen erfolgt überwiegend am Zentrale-Orte-Konzept.
- Abweichende Ausweiskriterien und teilweise inflationäre Ausweisung in den Ländern schwächen Zentrale Orte als raumordnerisches Instrument.
- In den neuen Ländern zeichnet sich aufgrund des Bevölkerungsrückgangs und

geringer finanzieller Spielräume eine Straffung der Funktionszuweisungen ab.

- Die Versorgung mit Postleistungen orientiert sich trotz Privatisierung an den Zentralen Orten und wird in der Fläche durch die Post- und Dienstleistungsverordnung wirksam sichergestellt.
- Die Zentralen Orte sind die wesentlichen Standorte der stationären Versorgung im Gesundheitswesen. Die ambulante Gesundheitsversorgung in der Fläche kann durch neue Konzepte des Leistungstransfers von den Zentren in die Fläche teilweise gesichert werden.
- Die Privatisierung spricht grundsätzlich für eine Angebotskonzentration und damit für eine Ausdünnung in der Fläche.
- Zur Sicherung des Öffentlichen Personennahverkehrs ist ein Netz von zentralen Orten und Qualitätsstandards erforderlich, an denen sich die Bereitstellung von Verkehrsleistungen orientieren kann.
- Zwischen den Ländern bestehen unterschiedliche Rechtsauffassungen zu gemeindeinternen Funktionszuweisungen und ihrer Vereinbarkeit mit der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie.

Infrastruktureinrichtungen und mittel-/oberzentrale Einstufung		
Einrichtungen	Anteil Mittel-/Oberzentren mit einer Einrichtung in %	Phi *
Arbeitsagenturen	72,3	0,779
Amtsgerichte	67,0	0,756
Krankenhäuser der Grundversorgung	81,1	0,741
Gymnasien	93,2	0,710
Berufsbildende Schulen	75,5	0,702
Kino/Filmtheater	70,4	0,687
Finanzämter	48,2	0,656
Volkshochschulen	63,7	0,622
Kreisverwaltungen/kreisfreie Städte	41,0	0,619
Öffentliche Bibliotheken	100,0	0,564
Polizeistationen	92,4	0,541
Stationäre Altenpflegeeinrichtungen	97,9	0,445
Sportstadien mit mehr als 500 Plätzen	25,5	0,433
Bahnhöfe	89,1	0,397
Apotheken	100,0	0,362
Öffentliche und private Theater	14,0	0,349
Grundschulen	100,0	0,263
Postfilialen	100,0	0,263
Geschäfte Lebensmitteleinzelhandel	100,0	0,250
Bankfilialen	99,8	0,242

* Der Phi-Koeffizient gibt eine Korrelation von dichotomen Variablen an. Je näher der Wert an 1,0 liegt, umso enger ist der Zusammenhang zwischen der jeweiligen Infrastruktureinrichtung und der mittel-/oberzentralen Einstufung.

© BBR Bonn 2008



Weitere Informationen unter:

http://www.bbr.bund.de/DE/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Studien/SicherungDaseinsvorsorge/06_Veroeffentlichungen.html

Auftragnehmer:

Prof. Dr. habil. Rainer Winkel
DISR Deutsches Institut für Stadt und Raum
Tel.: 0172 – 69 05 203
E-Mail:
rainer.winkel
@t-online.de

plan + risk consult –
PD Dr.-Ing. Stefan Greiving
Klinge & Pietschmann GB
– Büro für Stadt- und Regionalplanung
in Zusammenarbeit mit der Hessen Agentur GmbH

Kontakt:

Martin Spangenberg
Referat I 1
Raumentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 22 35
E-Mail:
martin.spangenberg
@bbr.bund.de

Region schafft Zukunft

1. Regionaler Demografiekonvent „Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“ in Sondershausen Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch zu den Chancen der demografischen Entwicklung in ländlichen Regionen

Am Dienstag, dem 12. Februar 2008, fand im Schloss Sondershausen, im Thüringer Kyffhäuserkreis, der 1. Regionale Demografiekonvent statt. Mit rd. 200 Teilnehmern stieß diese Auftaktveranstaltung des neu gestarteten Modellvorhabens „Demografischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“ des BMVBS auf großes öffentliches Interesse. Im Modellvorhaben, das vom BBR betreut wird, fördert das BMVBS rd. 40 innovative Projekte in den beiden Modellregionen Südharz-Kyffhäuser und Stettiner Haff. Lebensperspektiven im ländlichen Raum werden damit offensiv gesichert und positiv entwickelt.



Weitere Informationen unter:

<http://www.bund.de/DE/ForschenBeraten/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/Demographie/Demografiekonvent/Demografiekonvent.html>

Kontakt:

Dr. Hans-Peter Gatzweiler
Abteilungsleiter I
Raumordnung und Städtebau
Tel.: 0228 99 – 401 22 77
E-Mail:
hans-peter.gatzweiler
@bbr.bund.de

Die Veranstaltung verstand sich als öffentliches Forum aus Politik, Wissenschaft und Praxis. Die beiden Modellregionen stellten ihre integrativen demografischen Handlungskonzepte und die daraus entwickelten Pilotprojekte vor. Ziel ist es, die verschiedenen regionalen Ansätze, Ideen und Projekte zur aktiven Gestaltung des demografischen Wandels zu bündeln. Ebenfalls im Zentrum steht die Verbindung von regionaler Ebene und Bundesebene. Dazu wurden in vier Fachvorträgen die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Stadt- und Raumentwicklungspolitik des Bundes sowie regionale Anpassungs- und Entwicklungsstrategien vorgestellt.

Im ersten der vier Fachvorträge nahm Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär im BMVBS, zu den Herausforderungen des

demografischen Wandels für die Stadt- und Raumentwicklungspolitik des Bundes Stellung. In weiteren Vorträgen wurden regionale Entwicklungs- und Anpassungsstrategien vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie aus fachwissenschaftlicher Perspektive vorgestellt. Neben Vertretern aus den beiden Modellregionen stellten Beteiligte bereits laufender Projekte aus anderen Städten und Regionen der alten und neuen Länder in Form moderierter Dialoge ihre Strategien und Erfahrungen bei der offensiven Gestaltung des demografischen Wandels vor.

Von diesem Erfahrungsaustausch profitierten nicht nur die beiden Modellregionen. Er gab auch allen Beteiligten Anregungen, welche Handlungsansätze zur Stabilisierung gleichwertiger Lebensverhältnisse am wirksamsten sind. Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup: „Es kommt darauf an, in Zukunft auch Programme sowie Initiativen anderer Ressorts in Bund und den Ländern im Interesse der ländlichen Regionen und ihrer Menschen noch stärker zusammenzuführen und anderen Regionen ein Beispiel zu geben, sich mit ihren demografischen und strukturellen Herausforderungen aktiv auseinanderzusetzen: Um ihre wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, die Attraktivität der Regionen zu erhalten und den Menschen eine existenzsichernde Perspektive mit guter Lebensqualität auch im ländlichen Raum bieten zu können.“

Die Verbindung von Wissenschaft, Politik und Praxis auf dem 1. Regionalen Demografiekonvent konkretisierte vor allem die Chancen regionaler integrierter Strategien zur Stabilisierung ländlicher strukturschwacher Räume. Bund und Länder stehen den Modellregionen Südharz-Kyffhäuser und Stettiner Haff dabei unterstützend zur Seite, die Initiative und das Engagement jedoch müssen aus den Regionen kommen. Zu den wesentlichen Handlungsfeldern gehören u. a. der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Wirtschaft und Landwirtschaft, die Verkehrsinfrastruktur sowie die Gesundheits-, Schul-, Sport- und Freizeitversorgung und neue Formen des Wohnens und Zusammenlebens.

Stadt und Land in der Raumentwicklung

Begleitveranstaltung des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung des BMELV im Rahmen der Internationalen Grünen Woche am 22.01.2008 in Berlin

Im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2008 veranstaltete das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) das Zukunftsforum Ländliche Entwicklung. Eine der zwölf Begleitveranstaltungen mit dem Titel „Stadt und Land in der Raumentwicklung“ richtete das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) aus.

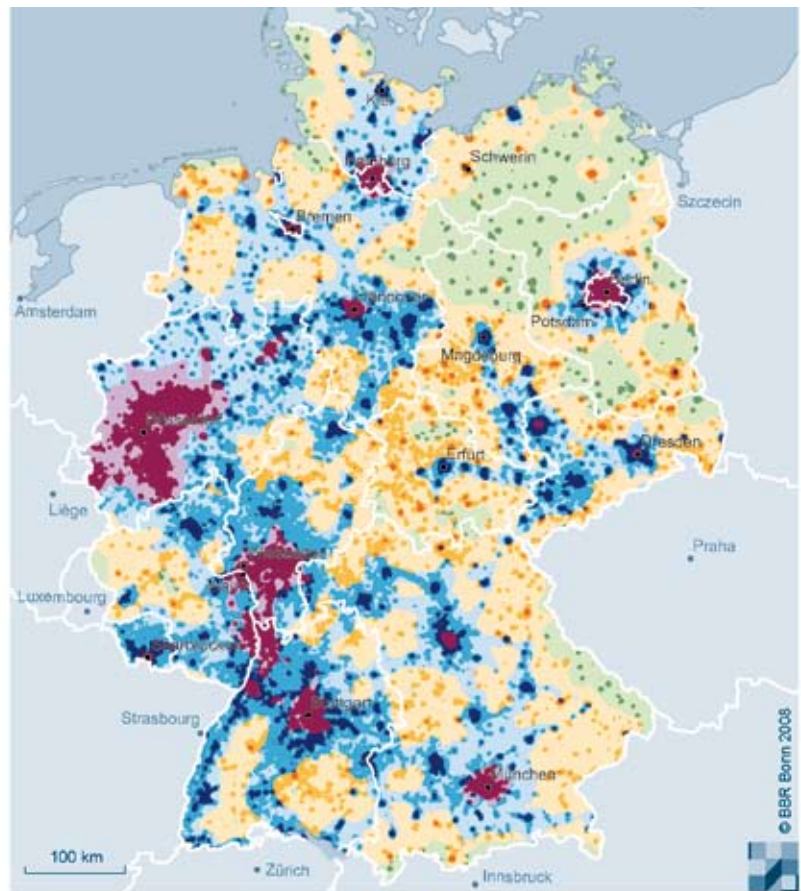
In vier Vorträgen und den anschließenden Diskussionen mit rund 150 Teilnehmern standen ländliche Räume nicht für sich genommen, sondern in ihrer Bedeutung für die gesamtäumliche Entwicklung sowie stadtreionale Zusammenhänge im Fokus.

Der erste Vortrag von Manfred Sinz, BMVBS, „Die Rolle ländlicher Räume in den neuen Leitbildern der Raumentwicklung“ leitete aus Sicht der Raumentwicklungspolitik ein. Die Vernetzung von Metropolen, Stadtregionen und peripheren, ländlichen Entwicklungsschwerpunkten ist ein Hauptstrategieelement der neuen Leitbilder. Es geht darum, eine Anbindung des ländlichen Raumes an die Wachstumsregionen zu schaffen.

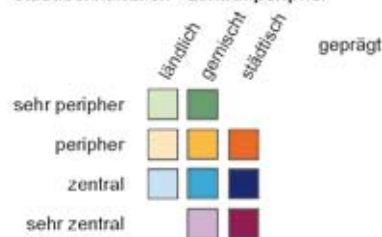
Die beiden folgenden Beiträge bildeten einen empirisch-/analytischen Block.

Zunächst stellte Martin Spangenberg, BBR, unter dem Titel „Städtisch und ländlich geprägte Räume in Deutschland“ einen neuen Ansatz einer Raumtypisierung vor (siehe Karte). Die Raumtypisierung soll als Analysewerkzeug in der Raumbeobachtung dienen, aber auch helfen, den „Ländlichen Raum“ unabhängig von pauschalen Problemzuweisungen objektiv zu beschreiben sowie Stadt und Land in ihren raumfunktionalen Zusammenhängen zu sehen. Daran anknüpfend präsentierte Dr. Rupert Kawka, BBR, in seinem Vortrag „Stärken und Schwächen ländlicher Räume“ erste empirische Befunde zu den eingeführten Raumtypen. Demzufolge hat das Phänomen „Ländlichkeit“ weniger einen negativen Einfluss auf zentrale Indikatorenwerte als periphere Lage.

Dr. Hans-Peter Gatzweiler, BBR, zeigte schließlich in seinem Vortrag „Wege zur Entwicklung ländlicher Räume – Impulse durch Modellvorhaben“ Erfahrungen aus den Programmen und Initiativen des BMVBS in der



Raumtypisierung:
städtisch/ländlich - zentral/peripher



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR
Geometrische Grundlage: BKG, 31.12.2005

Erprobung und Umsetzung von Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume auf. Im Mittelpunkt standen regionale und interkommunale Kooperationen insbesondere in ländlichen Räumen.

Fazit: Ländliche Räume sind nach wie vor wichtige Bestandteile von Raumforschung und Raumentwicklungspolitik. Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung zeigen Perspektiven sowohl für städtische als auch ländliche Räume auf. Es bedarf einer differenzierten Betrachtung ländlicher Räume, die immer im Zusammenhang mit städtischen Bezugspunkten zu sehen sind.

Weitere Informationen unter:

http://www.bbr.bund.de/DE/NeuesTermine/VeranstaltungenWissBereich/Dokumentation/2008__Stadt-Land.html

Kontakt:

Dr. Rupert Kawka
Martin Spangenberg
Referat I 1
Raumentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 13 14
401 22 35

E-Mail:
rupert.kawka
@bbr.bund.de
martin.spangenberg
@bbr.bund.de



www.gdi-de.org

Geofachdaten aus der Laufenden Raumbewachung in der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) Geodateninfrastruktur Deutschland

Geoinformationen spielen bei vielfältigen behördlichen Anwendungen wie z. B. in der Raumplanung eine entscheidende Rolle. Rechnerlesbare Geoinformationen mit Raumbezug (Geodaten) werden in Geographischen Informationssystemen (GIS) erfasst, verwaltet und analysiert. Insbesondere die Verknüpfung von Geodaten aus unterschiedlichen Datenquellen kann neues Wissen als Entscheidungsgrundlage hervorbringen. Hinderlich ist oft der eingeschränkte Zugang zu Geoinformationen. Gründe können z. B. in unterschiedlichen Formaten und Methoden der Datengewinnung oder ungeklärten Abgabebedingungen liegen. Zudem wissen Nutzer häufig nicht, dass bzw. wo geeignete Geodaten verfügbar sind. Lösungsansätze bieten Geodateninfrastrukturen (GDI). Sie umfassen die erforderlichen Internet- und GIS-Technologien, Standards und Strukturen, die einen verwaltungs- und fachübergreifenden Zugang zu Geodaten ermöglichen.

Bereits 2003 beschlossen der Kanzleramtschef sowie die Chefs der Staats- und Senatskanzleien den Aufbau einer Geodateninfrastruktur in Deutschland (GDI-DE) als gemeinsames Vorhaben von Bund, Ländern und Kommunen. Die GDI-DE soll den Zugang zu öffentlichen Geodaten für Wirtschaft und Bürger erleichtern und die öffentliche Verwaltung effizienter machen. Die im vergangenen Jahr in Kraft getretene EU-Gesetzesinitiative INSPIRE (Infrastructure of Spatial Information in Europe) verpflichtet die Mitgliedsländer, nationale Geodateninfrastrukturen aufzubauen. Mit dem Aufbau der GDI-DE werden im Wesentlichen bereits die Vorgaben von INSPIRE erfüllt.

Nationale Geodatenbasis

Ein wichtiger Bestandteil der GDI-DE ist die Nationale Geodatenbasis (NGDB). Zur Nationalen Geodatenbasis zählen Geodaten, die für die Erledigung öffentlicher Aufgaben sowie für die wirtschaftliche Entwicklung und Forschung notwendig sind. Über standardisierte Geo-Dienste können diese Informationen via Internet verwaltungsübergreifend angeboten werden. Bestandteil der NGDB sind Geodatenprodukte der Bundesbehörden, soweit sie den vom Interministeriellen Ausschuss für Geoinformationswesen (IMAGI)

entwickelten Qualitätskriterien entsprechen. Zu diesen Kriterien gehören etwa nationale Flächendeckung, Erzeugung im Rahmen eines normativen oder amtlichen Auftrages, Recherchierbarkeit durch Metadaten sowie Häufigkeit und Bedeutung der Nachfrage.

Bedeutung für die Raumbewachung

Das BBR ist in der Arbeitsgruppe des IMAGI vertreten, die sich mit praktischen Aspekten beim Aufbau der GDI-DE auf Bundesebene befasst. GDI-DE und NGDB sind in zweierlei Hinsicht für die Raumbewachung des BBR bedeutsam: Ein ganz wesentliches Werkzeug des räumlichen Informationssystems im BBR ist der Betrieb eines Geoinformationssystems (GIS). Hier werden Geobasisdaten und Geofachdaten aus verschiedenen Quellen aufbereitet, analysiert und die Ergebnisse in Karten veranschaulicht. Einerseits sorgt die GDI-DE für einen verbesserten Zugang zu relevanten Informationen. Andererseits sind die Indikatoren und Karten aus der Raumbewachung als Geoinformationen selbst Bestandteil der NGDB. Qualitätsmerkmale sind hier u. a. die hohe kontinuierliche Nachfrage aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft nach einer flächendeckenden und realitätsnahen Abbildung der regionalen Lebensbedingungen in Deutschland und Europa sowie die Institutionalisierung des Räumlichen Informationssystems nach § 18 Abs. 5 des Raumordnungsgesetzes (ROG).

Die bislang in Form von gedruckten Karten, der CD-ROM INKAR und im Webauftreten des BBR unter www.raumbewachung.de online verfügbaren Indikatoren zur räumlichen Entwicklung wurden daher als Gesamtprodukt in die NGDB-Produktliste des IMAGI aufgenommen. Raumtypisierungen und Raumabgrenzungen als Grundlage für die räumliche Berichterstattung des BBR ergänzen diese.

Web-basierte Geodienste

Aus dem NGDB-Implementierungsplan erwächst die ehrgeizige Aufgabe, diese mehrere hundert Datensätze zählenden Geofachdaten und zugehörige Metadaten über standardisierte, web-basierte Geo-Dienste innerhalb der GDI-DE verfügbar zu machen. Zunächst sind dies Metadatendienste

(CS-W) und Webmappingdienste (WMS). Metadatendienste ermöglichen die Recherche nach katalogisierten Geodaten und Diensten, während Webmappingdienste Rasterbildansichten von Geodaten liefern.

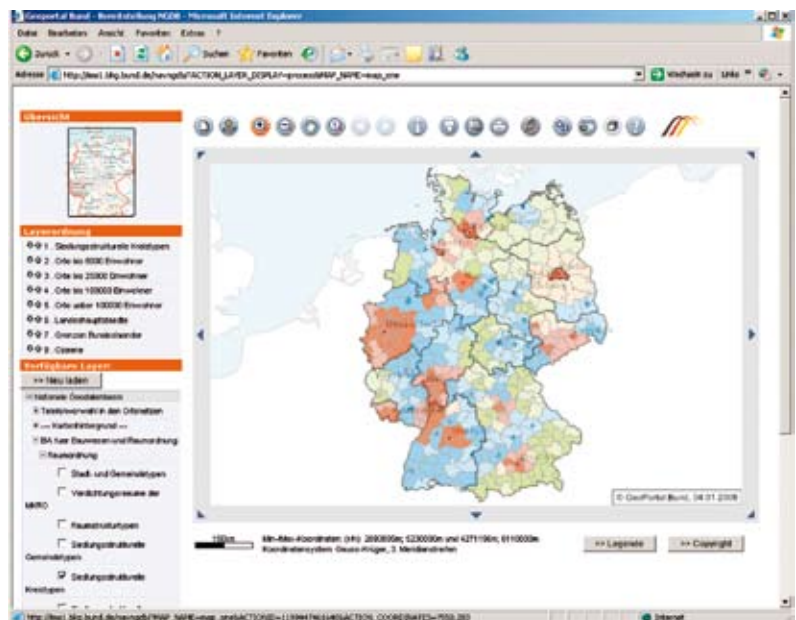
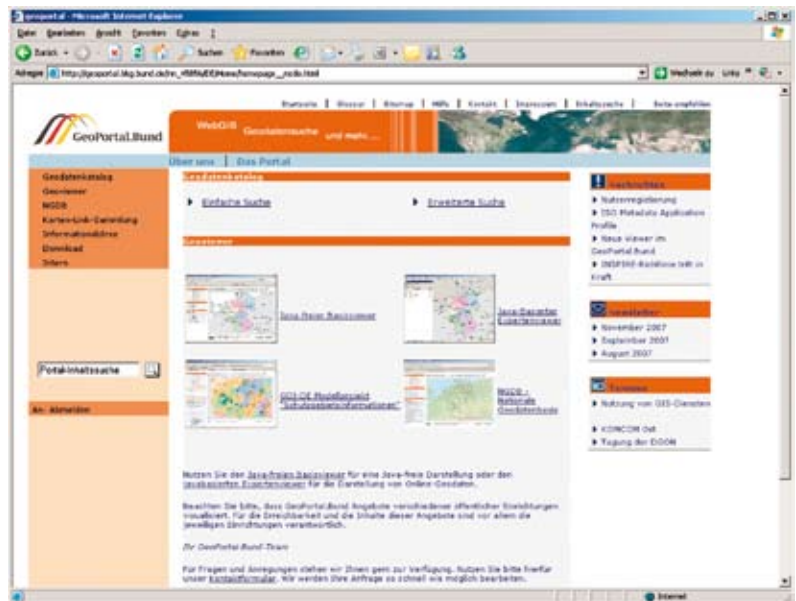
In einem ersten Schritt sind in Kooperation mit dem Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) neun Raumtypisierungen und Raumabgrenzungen im NGDB-Viewer des GeoPortal.bund als WMS-Themaebenen (WMS-Layer) realisiert worden:

- Stadt und Gemeindetypen
- Verdichtungsräume der MKRO
- Raumstrukturtypen (ROB 2005)
- Siedlungsstrukturelle Gemeindetypen
- Siedlungsstrukturelle Kreistypen
- Siedlungsstrukturelle Regionstypen
- Differenzierte siedlungsstrukturelle Regionstypen
- Kreisregionen
- Raumordnungsregionen

Das GeoPortal.Bund ist der zentrale Einstiegspunkt in die GDI-DE. Hier hat der Nutzer die Möglichkeit, dezentral vorgehaltene Geodaten zu recherchieren und in Kombination miteinander zu visualisieren. Im NGDB-Viewer werden alle verfügbaren NGDB-Geodatenprodukte des Bundes anschaulich dargestellt.



Als nächster Schritt ist der Ausbau des Webmapping-Angebotes auf der Internetpräsenz www.raumbeobachtung.de unter Berücksichtigung der Standards der GDI-DE in Arbeit. Dabei ist zunächst geplant, das vorhandene interaktive Kartenmodul durch einen WMS-basierten Viewer zu ersetzen und damit die Indikatoren der Laufenden Raumbeobachtung schrittweise als WMS-



Layer verfügbar zu machen. Neben der Darstellung im Viewer können die Layer des Dienstes dann auch in eigene Fachanwendungen der Nutzer eingebunden werden.

Weitere Initiativen

Im Zusammenhang mit GDI-DE unterstützt das BBR außerdem die Weiterentwicklung des zunächst für die Bauleitplanung entwickelten Austauschstandards XPlanung sowie dessen Ausweitung auf die Regional- und Landschaftsplanung. XPlanung ist ein Teilprojekt der E-Government Initiative Deutschland Online und wurde in die Liste der GDI-DE Modellprojekte aufgenommen. Ziele sind die erleichterte Austauschbarkeit von Planungsdaten und die Entwicklung von E-Government Prozessen bei der Aufstellung von Regional- und Landschaftsplänen.

Weitere Informationen unter:
www.gdi-de.org

Kontakt:

Markus Burgdorf
 Referat I 6
 Raum- und Stadtbeobachtung
 Tel.: 0228 99 – 401 22 28
 E-Mail:
markus.burgdorf@bbr.bund.de



Flächen sparen und Klima schützen – Optionen erneuerbarer Energien im urbanen Raum



„Die Stadt der Zukunft muss flächensparend und klimaschützend sein“. Damit sprach Staatssekretär Lütke Daldrop zwei wesentliche Elemente der neu gestarteten ExWoSt-Studie „Potenziale städtischer Freiflächen für erneuerbare Energien“ an. Sie wurde am 05.11.2007 in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt und soll zu den genannten Zielen beitragen.

Hintergrund und Ansatz der neuen Studie

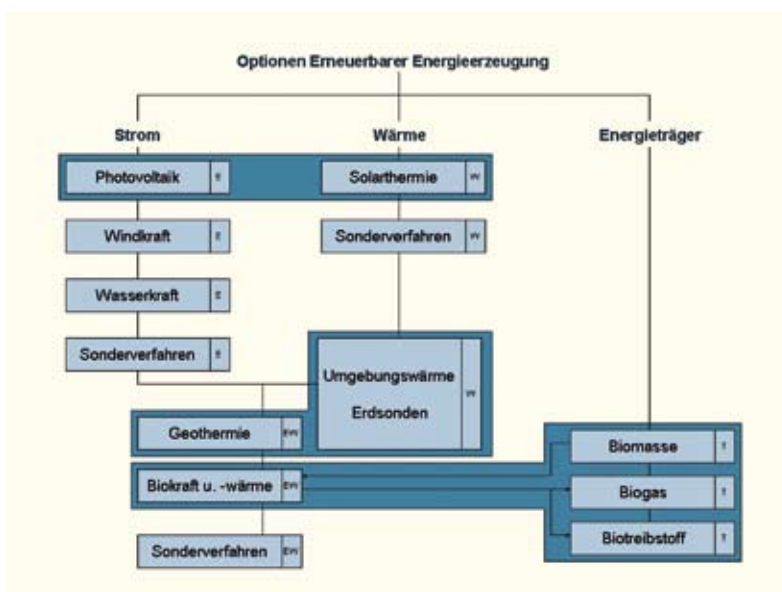
Im Rahmen der Revitalisierung von Stadtbrachen und der Neunutzung von Freiflächen spielen erneuerbare Energien (EE) bislang kaum eine Rolle, obwohl technische Fragen der Nutzung und Erschließung alternativer Energiequellen in den letzten Jahren einen gewaltigen Boom erfahren haben. Es existieren kaum Untersuchungen darüber, welche Flächenpotenziale im urbanen Raum für die Nutzung erneuerbarer Energien zur Verfügung stehen und unter welchen Voraussetzungen diese Optionen in Frage kommt.

Im Mittelpunkt der ExWoSt-Studie „Nutzung städtischer Freiflächen für erneuerbare Energien“, die im Auftrag des BMVBS und BBR bearbeitet wird, steht die Analyse und Bewertung der Potenziale, die sich durch die Zusammenführung der Aufgabenbereiche

„Nutzung städtischer Flächenressourcen“ und „Einsatz erneuerbarer Energien“ ergeben. Den politischen Hintergrund bilden die Zielvorgaben der Bundesregierung, in Bezug auf das Flächensparen das „30 ha-Ziel“ und im Energiebereich die Eckpunkte für ein integriertes Energie- und Klimaprogramm (IKEP, April und Dezember 2007).

Untersuchungen und Förderungen der Energieeinsparung fokussierten bisher stark auf den Bereich der Gebäudesanierung und bezüglich der Erzeugung regenerativer Energien auf die Nutzung von Landwirtschaftsflächen und großen außerstädtischen Brachen, etwa für den Biomasseanbau oder die Wind- und Solarenergieproduktion. Um die politischen Ziele zu erfüllen, ist es jedoch wichtig, auch kleinteilige Flächen- und Gebäudepotenziale zur Erzeugung von erneuerbaren Energien einzubeziehen.

Im Rahmen der Studie werden die quantitative Verfügbarkeit und die Eignung städtischer Flächenpotenziale für die Erzeugung erneuerbarer Energien in den vier Modellräumen Gelsenkirchen, Leipzig, Nordthüringen und Stuttgart beispielhaft ermittelt. Die Arbeiten umfassen dabei die Analyse der Eignung und Qualität der Flächen, als auch erforderliche Infrastruktur und städtebauliche Aspekte wie Stadtverträglichkeit, Image oder das Planungsrecht. Ebenso spielen temporäre Optionen eine Rolle. Besonders für große innerstädtische Flächen, die durch Gebäudeabriss entstehen, oder auf industriellen Brachen werden Zwischenlösungen gesucht. Alle Untersuchungen und Analysen münden in der Erarbeitung eines Katalogs, der die Optionen der Nutzung erneuerbarer Energien auf urbanen Freiflächen übersichtlich darstellt.



Ergebnisse der Auftaktveranstaltung

Die ExWoSt-Studie wird als wichtiger Baustein einer flächensparenden und klimarechten Stadtentwicklung gesehen. Urbane Freiflächen stellen in diesem Kontext eine neue Untersuchungs- und Handlungsebene dar, die es hinsichtlich ihrer Potenziale zur Erzeugung erneuerbarer Energie zu untersuchen und zu erschließen gilt. Die Auswirkungen auf Gesellschaft, Umwelt und die städtebauliche Qualität müssen ebenso eine Rolle spielen wie das energetisch-wirtschaftliche Potenzial.

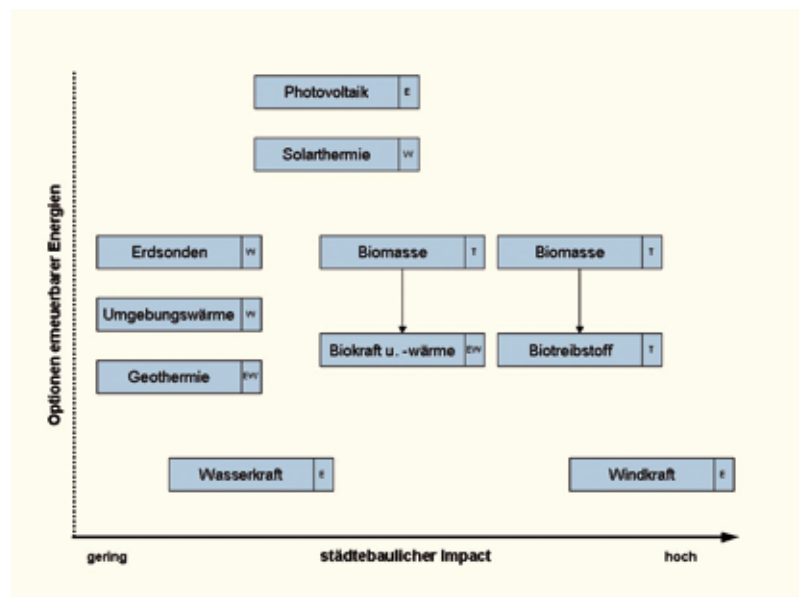
Herausgestellt wurde, dass

- die technischen Potenziale nur durch eine konsequente Flankierung durch die Politik bis 2050 erschlossen werden können,
- der urbane Raum insbesondere bei der Wärmebereitstellung zukünftig eine entscheidende Rolle spielen wird und
- die Biomasse zukünftig einen großen Anteil an den erneuerbaren Energien haben wird.

Bezüglich der Strategien, Instrumente und Planungshilfen zur Implementierung erneuerbarer Energien wurde von den Referenten hervorgehoben, dass es keine Patentlösungen gibt, sondern dass viele kleine, konsequent verfolgte Schritte zum Ziel führen, wie z. B.

- frühzeitige Einbindung der Themen Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien in die Stadtentwicklung und -planung;
- Identifizierung und Nutzung der solaren Begabung im Bestand und im Neubau;
- Nutzung der Möglichkeiten eines energieoptimierten Städtebaus (Verkehrsvermeidung, Nutzungsmischung, topographische Lage, Baukörperstruktur, Dichte, Kompaktheit, passive und aktive Solarenergiegewinne und nachhaltige Energieversorgungskonzepte von Baugebieten);
- Förderung eines Mixes von erneuerbaren Energien im Stadtraum;
- Auslotung der Potenziale des Anbaus von Biomasse im Kurzumtrieb auf Altstandorten in dicht besiedelten Regionen;
- konsequente Nutzung kommunaler Förderinstrumente in Kombination mit einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit.

Erneuerbare Energien und ihr städtebaulicher Impact



Quelle: D. Genske/A. Ruff, FH Nordhausen

In der Diskussion wiesen die Teilnehmer darauf hin, dass es in Zukunft darauf ankommen wird, energietechnische Fragen mit Aspekten der Stadtentwicklung und Baukultur zu verknüpfen. Durch finanzielle Anreize, individuelle Überzeugungsarbeit bei einzelnen Bevölkerungsgruppen und die konsequente Anwendung vorhandener Planungsinstrumente und -hilfen könnten die Kommunen den Einsatz erneuerbarer Energien stärker fördern. Diese und weitere Aspekte werden in der ExWoSt-Studie verstärkt berücksichtigt.

Um Verwechslungen mit dem traditionellen Planungsbegriff der „städtischen Freifläche“ zu vermeiden, wurde während der Veranstaltung der Begriff „energetische Nutzfläche“ zur Charakterisierung von städtischen Freiflächen, die sich für eine energetische Nutzung eignen, vorgeschlagen und mit großer Zustimmung akzeptiert.

Weitere Informationen zur Studie sowie zur Auftaktveranstaltung sind unter http://www.bbr.bund.de/DE/Forschungsprogramme/ExperimentellerWohnungsstaedtebau/Studien/staedtischeFreiflaechen/01__Start.html verfügbar.

Auftragnehmer:

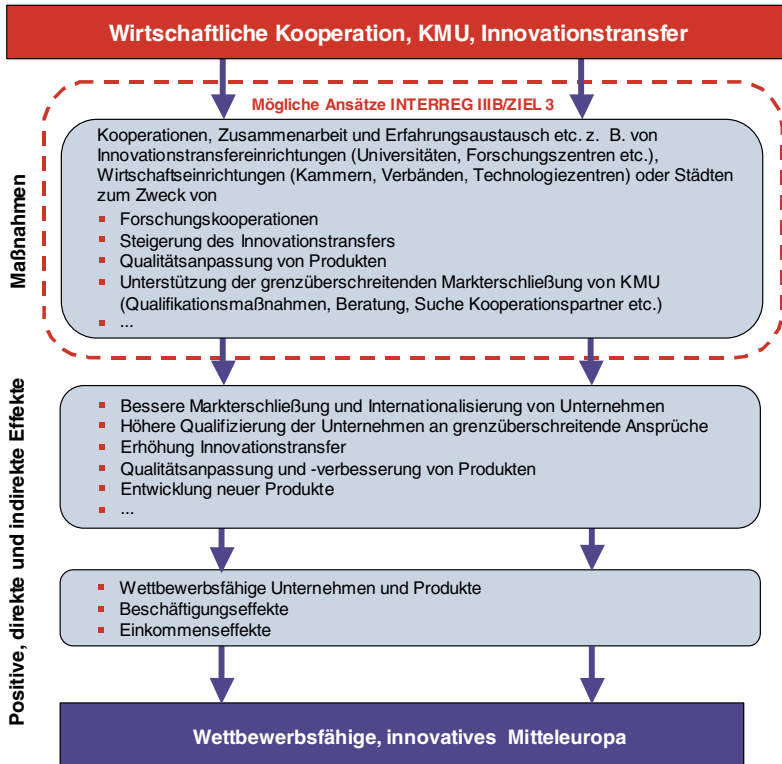
Fachhochschule Nordhausen
Landschaftstechnologie und Flächenrecycling
Dr. Dieter Genske/
Ariane Ruff

Kontakt:

Lars Porsche
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 23 51
E-Mail:
lars.porsche
@bbr.bund.de

Von der grenzüberschreitenden Kooperation zur transnationalen Zusammenarbeit

– Projektideen für die neue Förderperiode 2007–2013



Quelle: Regionomica GmbH, Berlin 2007

Welche Raumentwicklungs-Themen sind im erweiterten Grenzraum zu Polen und Tschechien aktuell? Wie kann man grenznahe und transnationale Zusammenarbeit enger miteinander verknüpfen? Welche neuen Partner können für die Projekte gewonnen werden und wie können die Lissabon- und Göteborg-Ziele in den Vordergrund der Projektentwicklung gestellt werden? Antworten auf diese Fragen gibt das BBR-Forschungsvorhaben „Analyse grenzüberschreitender Kooperationen zur Förderung einer großräumig vernetzten mitteleuropäischen Entwicklungsregion in der neuen EU-Förderperiode 2007–2013“.

Die Vielzahl von Projekten auf dem Gebiet der staatenübergreifenden Raumentwicklung zeigt den Bedarf an der Zusammenarbeit von Regionen und Städten innerhalb Europas. Die Kooperation auf verschiedenen Ebenen wird durch die INTERREG-Programme im Rahmen der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“ des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert. Die Unterstützung konzentriert sich auf die grenzübergreifende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit.

In einem Forschungsprojekt im Auftrag des BBR im Rahmen des Programms „Aufbau Ost“ wurde analysiert, welche Projekte im erweiterten Grenzraum besonders Erfolg versprechend sind. Sie sollten den Anforderungen und Bedürfnissen des Bundes, der ostdeutschen Länder und Regionen entsprechen und gleichzeitig eine großräumige Vernetzung zu einer mitteleuropäischen Entwicklungsregion fördern.

Als Ausgangsbasis wurden mehrere hundert Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (INTERREG III A) analysiert, die im unmittelbaren Grenzraum in Ostdeutschland gemeinsam mit Polen und Tschechien in den letzten Jahren umgesetzt wurden. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen Projekte, deren Wirkungen und Nutzen tendenziell über den engeren Grenzraum hinausreichen. Anhand der Analyseergebnisse sowie Gesprächsrunden mit regionalen Akteuren wurden mögliche Themenbereiche der transnationalen Zusammenarbeit abgeleitet. Beispiele dafür sind:

- Entwicklung und Abstimmung von Logistikkooperationen
- Städtekooperationen insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel
- Zusammenarbeit bei der Hochwasservorsorge und im Umweltschutz
- Kooperationen zum Thema Wirtschaftsförderung und Technologietransfer.

Konkrete Projektideen wurden unter anderem zum Thema Innovations- und Technologietransfer genannt. So können kleine und mittlere Unternehmen sowie Unternehmensgründer durch Maßnahmen zur Aktivierung, Beschleunigung und Verbesserung des Technologietransfers und des technologieorientierten Gründungsgeschehens im mitteleuropäischen Raum besser unterstützt werden. Ein weiterer Ansatz ist die Einbindung transnationaler Fachpartner in bestehende grenzüberschreitende Technologiennetze, z. B. im Bereich Plasmatechnologie.

Eine Plattform, Projektideen der transnationalen Zusammenarbeit vorzustellen und passende Projektpartner zu suchen, bieten die Internetseiten der einzelnen Kooperationsräume.

Weitere Informationen unter: www.interreg.de

Auftragnehmer:

Regionomica GmbH
Dr. Michael Göbel,
Ines Jerchen
Tel.: 030-284449-13 / -29
E-mail:
goebel@regionomica.de

Kontakt:

Jens Kurnol
Referat I 3
Europäische Raum- und
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 04
E-Mail:
jens.kurnol@bbr.bund.de

Wer profitiert wie? Zur formalen und effektiven Inzidenz raumwirksamer Bundesmittel

Im Mittelpunkt der bisherigen Arbeiten des BBR zur regionalen Verteilung öffentlicher Finanzströme stand die formale Inzidenz, d.h. die regionale Verteilung der direkten monetären Zahlungsströme an die „Erstempfängerregionen“. Da hierbei wichtige Folgeeffekte und Ausstrahleffekte auf andere Regionen außer Betracht bleiben, wurde im Rahmen der allgemeinen Ressortforschung ein Projekt zur Abschätzung der „effektiven Inzidenz raumwirksamer Bundesmittel“ vom Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV)/Prognos AG durchgeführt. Die Auftragnehmer entwickelten hierzu auf der Grundlage der bundesdeutschen Input-Output-Tabelle 2002 einen regionalen Schätzansatz für die 97 Raumordnungsregionen.

Aufgrund der sehr großen Datenmengen und der nach Maßnahmenbereich unterschiedlichen Wirkungskanäle für die Schätzung der effektiven Inzidenz wurde vom Auftragnehmer außerdem eine Datenbank programmiert und diese in ein Tool (Geo-Inzidenz-Analyse) integriert. Dieses GIA-Tool bietet dem BBR die Möglichkeit, künftig aktualisierte Auswertungen zur formalen und effektiven Inzidenz raumwirksamer Bundesmittel vorzunehmen.

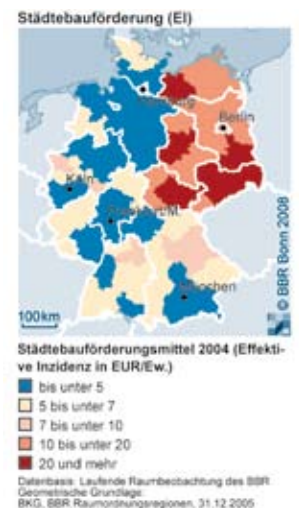
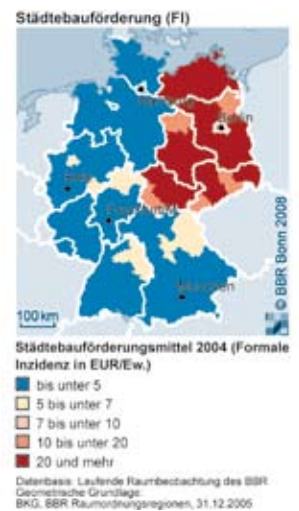
Insgesamt bestätigen die Projektergebnisse die bisher vom BBR durchgeführten Analysen zur formalen Inzidenz. Bei Bundesmitteln mit regionalen Zielsetzungen sind eindeutig zielkonforme Muster der Ausgaben und Einnahmenverzichte des Bundes zu erkennen. Auch setzt sich die soziale Zielsetzung der verschiedenen einschlägigen Bundesmittel bei ihrem regionalen Muster um.

Die Schätzungen zur effektiven Inzidenz und die Teilanalysen der einzelnen Maßnahmenbündel (z. B. Investitionszuschüsse, Bauinvestitionen, Transferzahlungen, Personalausgaben) widersprechen den häufig in der politischen Diskussion vorgebrachten Argumenten, wonach Fördermittel, die speziell für strukturschwache Regionen und für den wirtschaftlichen Aufbau Ost gewährt werden, über Vorleistungsbezug und weitere Nachfragewirkungen umgehend wieder in die prosperierenden Regionen zurückfließen. Erhebliche Teile der gewährten Mittel verbleiben in den Erstempfängerregionen. Sie bilden dort Einkommen und stabilisieren die regionale Nachfrage.

Bemerkenswert sind allerdings die Unterschiede zwischen den verschiedenen Maßnahmenbündeln, sowohl im Hinblick auf die Höhe der kumulierten Einkommenseffekte als auch bezüglich der Unterschiede bei den regionalen Verbleibsquoten und den überregionalen Nachfrageeffekten. So bestätigt sich zum einen die hohe Wirksamkeit investitionsfördernder Maßnahmen ebenso wie von Programmen zur Förderung der regionalen Infrastruktur. Beide Maßnahmenbereiche lösen hohe Verbleibsquoten und ebensolche starke Einkommenseffekte in den Empfängerregionen aus.

Des Weiteren ist als ein wichtiges Ergebnis des Projektes hervorzuheben, dass die Agglomerationsräume sowohl die höchsten Verbleibsquoten als auch die höchsten Einkommenseffekte bei praktisch allen raumwirksamen Bundesmitteln erzeugen. Ursache hierfür ist, dass die Agglomerationsräume mehr als die peripheren Regionen über eine Wirtschaftsstruktur verfügen, die zum einen die unmittelbaren Effekte raumwirksamer Bundesmittel vor Ort auffängt und zum anderen die zusätzliche Nachfrage in Folge des Einsatzes raumwirksamer Bundesmittel in anderen Regionen absorbiert. Die Agglomerationsräume weisen zudem höhere Einkommen und höhere Sparquoten auf, so dass sich dort selbst verstärkende Effekte kumulieren.

Die Ergebnisse des Projektes sind eine wichtige Grundlage für die Darstellung der raumwirksamen Bundesmittel im nächsten Raumordnungsbericht. Sie ermöglichen es der Bundesraumordnung, ihre Informationspflicht über den Einsatz und die Effekte raumwirksamer Bundesmittel besser zu erfüllen. So sind insbesondere fundierte Aussagen zum regionalen Verbleib und die hieraus resultierenden Effekte auf die wirtschaftliche Stabilisierung der Empfängerregionen möglich. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, dass die im Rahmen des Projektes ermittelten Effekte nur die Erstellungsphase betreffen. Die aus der Nutzungsphase resultierenden Effekte sind vielfach bedeutender. Auch lassen die Projektergebnisse nicht den Schluss zu, dass die Agglomerationsräume und gesamtwirtschaftlichen Wachstumsregionen keiner zielgerichteten Unterstützung bedürfen.



Auftragnehmer:

Prof. Dr. G. Färber/
H. Dalezius
Deutsches Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung Speyer in Zusammenarbeit mit Dr. O. Arndt/Dr. P. Steden, Prognos/Berlin

Kontakt:

Michael Zarth
Referat I 4
Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 23 37
E-Mail:
michael.zarth
@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 0228 99 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von 12,00 €
(zzgl. Versand)

Historische Determinanten der Raumanalyse

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10/11.2007

Die Idee zu diesem Heft entstand aus einer Diskussion mit dem Kollegen Jürgen Reulecke. Im Rahmen einer Vorstellung von Befunden der Bevölkerungsprognose des BBR wies er auf die dringende Notwendigkeit hin, Analysen zur räumlichen Entwicklungen nicht nur im Hinblick auf die Zukunft zu betreiben, sondern auch historische Determinanten dabei stärker zu berücksichtigen.

Da das BBR selbst keinen historischen Forschungsbereich hat, bot sich eine Kooperation mit ihm, mit Kollegen aus der historischen Forschung an, um zumindest im Forum der IzR diesen wichtigen Forschungsaspekt als einen wesentlichen Bestandteil von räumlicher Analyse zu benennen und aufzugreifen.

Räumliche Strukturen sind nicht nur Ausdruck sozialer Differenzierung und daher beliebig durch soziale Kategorien zu begreifen. Soziales wird wesentlich auch durch „Raumtraditionen“, etwa durch „Regionalität“ geprägt, die sich über lange Zeiträume entwickelt haben und bis heute Wirkungskräfte in der Bevölkerung und bei der Politikgestaltung entfalten.

Leitfragen dafür sind u. a. folgende:

- Welche langfristig zu ermittelnden Faktoren bestimmen tatsächlich das Wo des Menschen?
- Wie „erfinden“ sich Städte, Regionen, Staaten, ganze Kontinente immer wieder von neuem und welche Leitbilder spielen dabei die entscheidende Rolle?
- Wie schließlich leben Menschen in sozialen Räumen mit ihren Traditionen und Notwendigkeiten?

Das vorliegende Heft verfolgt drei Ziele: *Erstens* soll es als Diskussionsangebot in einem Bereich verstanden werden, der von den meisten Historikern allzu lange zu Unrecht vernachlässigt worden ist.

Zweitens soll eine Bresche in Richtung einer historischen Raumwissenschaft geschlagen werden, indem angestrebt wird, mit diesem Heft im Sinne eines methodischen Beitrags eine Art Zwischenbilanz zur heutigen historischen Raumanalyse zu liefern. Deshalb werden an ausgewählten Beispielen die Erträge einer auf den Raum ausgerichteten Geschichtswissenschaft aufgezeigt.

Drittens soll insbesondere aber auch der Nutzen geschichtswissenschaftlicher Ansätze für aktuelle Problemlagen der Raumwissenschaften aufgezeigt werden.

Die Aufsätze, verfasst von Historikerinnen und Historikern, begründen die Notwendigkeit von historischen Raumanalysen für die Geschichts- und Raumwissenschaften. Sie gehen auf die unterschiedlichen Elemente von Geschichtslandschaften in einem Vergleich von Berlin und dem Ruhrgebiet ein und greifen einen wichtigen, häufig nicht beachteten Aspekt auf, wie nämlich die Medien den Raum beschreiben. Am Beispiel des Paderborner Landes wird auf die Bedeutung der Konfessionalität für die mentale Geographie eingegangen.

Mit dem Thema „Die Zukunft der europäischen Stadt“ wird eine auch in den Planungswissenschaften aktuelle Diskussion aufgegriffen. Unter dem Gesichtspunkt einer stärkeren Berücksichtigung der Kategorie Raum wird auf den „spatial turn“ in der Geschichtswissenschaft eingegangen, der von der traditionellen Städteforschung zu einer Historischen Geographie führt. Abschließend wird über den „Raum in Geschichte und Gegenwart“ reflektiert.

Ergänzt wird das Heft durch eine umfangreiche Bibliographie zum Gesamtthema.

Es ist dies ein erneuter Versuch, im Rahmen der Informationen zur Raumentwicklung eine inhaltliche Brücke zu einem wissenschaftlichen Ansatz zu schlagen, der in dieser Zeitschrift nur selten berücksichtigt wird. Zwar erschien bereits mit der Nr. 11 im Jahre 1993 ein Heft mit dem Thema „Regionalgeschichte: ein Ansatz zur Erforschung regionaler Identität“, aber es sollten nicht wieder fast 15 Jahre vergehen, bis erneut eine historische Thematik in der IzR aufgegriffen wird.

Auch Sie als Leserin oder Leser unserer Informationen sind herzlich aufgefordert, mit Ihren Anregungen, Beiträgen oder Kritiken für eine Kontinuität zu sorgen. Nutzen Sie dafür die neue Internetseite der IzR:

www.bbr.bund.de/Veroeffentlichungen/IzR

Raumbilder und Stadtentwicklung

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12.2007

Räumliche Planung ist eine kommunikative Operation. Dies wird heute umso deutlicher, da die mediale Vermittlung von Planung integraler Bestandteil, wenn nicht sogar ein zentrales Moment jedes Planungsprozesses wird.

Die Ursache hierfür liegt zum einen in der Ökonomisierung der Planung, in ihrer Ausrichtung auf Wirtschaftlichkeit und Vermarktung. Architektur, Städtebau und Stadtplanung müssen sich heute an einer neuen Phase des wirtschaftlichen Wettbewerbs orientieren. So wie die Städte oder einzelne Stadtquartiere mit Imagekampagnen versuchen, Einwohner zu halten oder anzuziehen, Konsumenten zu begeistern und Touristen zu werben, so müssen sie sich im nationalen Gefüge als einzigartig hervortun und international Renommee erlangen. Das Mittel in diesem Wettbewerb ist das Bild.

Bezugspunkt für die Darstellung des so aufgespannten Themas ist der Begriff *Raumbild*. Mit diesem von dem Stadtsoziologen Detlev Ipsen vor rund 20 Jahren eingeführten Begriff waren ursprünglich räumliche Konfigurationen gemeint, die als Konzentrat symbolisch für große gesellschaftliche Epochen stehen (Raumbilder des Fordismus und Postfordismus). Heute hat sich das Begriffsverständnis verbreitert und beinhaltet nun eine Vielzahl raumbezogener Bilder, die – ob absichtsvoll produziert oder unwillentlich entstanden – eine handlungsleitende Funktion für die Praxis in der Stadtentwicklung, aber auch für das Handeln in anderen gesellschaftlichen Bereichen und im Alltag der Bürger entfalten.

Es schien deshalb interessant, jenseits einer pragmatischen Suche nach Instrumenten für Stadtmarketing und Projektentwicklung einmal grundsätzlicher über die Ursachen und Wirkungen von Raumbildern nachzudenken. So befragen die Beiträge ihre Ge-

genstände in einem weit umfassenderen Sinne: Wer steuert Bilder? Was steuern die Bilder? Wohin steuern die Bilder? Und um was für Bilder handelt es sich?

In dem so angedeuteten Feld versucht die aktuelle Ausgabe der IzR einige Erklärungsansätze zur Wirkung von Raumbildern in der heutigen Stadtentwicklung zu platzieren. Gleich zu Beginn wird dazu ein neuartiges Format erprobt: die Heftredaktion diskutiert mit zwei profilierten Wissenschaftlern die Relevanz und Entwicklungsfähigkeit des Raumbild-Konzepts vor dem Hintergrund der aktuellen Aufgabenstellungen von Stadt- und Regionalplanung in Deutschland. Dabei zeigen sich eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten, aber auch ein immer noch bestehendes Defizit an definitorischer und analytischer Arbeit.

Im Heft reflektieren zwei konzeptionelle und drei stärker themenbezogene Beiträge an ganz unterschiedlichen Beispielen die Bedeutung von Raumbildproduktion und -benutzung in den Städten und Regionen. Dabei geht es um ein breites Spektrum räumlicher Handlungsfelder: von der „Europäischen Stadt“ bis zur Zwischenstadt; und von den brandhubs und Großereignissen der Stadtentwicklung bis zum partizipatorischen Freiraumprojekt. So werden Sichtweisen und Konzepte zur Diskussion gestellt, die einem tieferen Verständnis der gegenseitigen Durchdringung von Städten und Bildern dienen.



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 0228 99 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von 6,00 €
(zzgl. Versand)

Kontakt:

Stephan Willinger
Referat II 3
Baukultur, Architektur,
Städtebau
Tel.: 0228 99 – 401 12 75
E-Mail:
stephan.willinger
@bbr.bund.de

Was sieht ein Chinese, wenn er aus seinem Heißluftballon auf die neue Stadt SYNIA blickt, einen Entwicklungsbereich südlich von Shanghai, der nach Entwürfen des Münchener Planungsbüros Fink + Jocher entsteht?





Neues Forschungsfeld gestartet

Am 2. Juli 2007 hat Staatssekretär Lütke Daldrup mit dem 1. Projektaufruf zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik einen Grundstein für die Förderung innovativer Projekte der Stadtentwicklung gelegt. Seitdem sind insgesamt 327 Interessenbekundungen beim BBR eingegangen und bewertet worden.

Die Beteiligung an dem Projektaufruf verteilt sich über ganz Deutschland mit Teilnehmern aus allen Bundesländern und auch mit einem Engagement in kleinen, mittleren und großen Städten – was ein deutlicher Ausdruck für die Vitalität städtischer Ideen und Entwicklungen in Deutschland ist. Zudem wurden viele Projekte eingereicht, in denen mehrere Städte eine Kooperation planen.

Kontakt:

Dr. Peter Jakobowski
Stephan Willinger
Tel.: 0228 99 – 401 22 43
401 12 75

E-Mail:
peter.jakubowski
@bbr.bund.de
stephan.willinger
@bbr.bund.de

Im Dezember 2007 ist die Entscheidung über die Förderung von 21 Modellprojekten gefallen: Die Projekte haben die Arbeit bereits aufgenommen und werden im neuen Forschungsfeld des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) seit Anfang 2008 wissenschaftlich begleitet. Die Arbeiten in den Projekten werden bis Herbst 2009 gefördert, dann werden auch Ergebnisse aus der Begleitforschung (FIRU – Forschungs- und Informations-Gesellschaft für Fach- und Rechtsfragen der Raum und Umweltplanung mbH, Kaiserslautern) zu erwarten sein.

Die Modellvorhaben werden anhand folgender Forschungsleitfragen analysiert:

1. Welche Erkenntnisse können aus den Modellvorhaben in den unterschiedlichen Handlungsfeldern abgeleitet werden, um die Stadtentwicklungspolitik des Bundes weiterzuentwickeln? Welche Träger und welche neuen Partnerschaften werden die Stadtentwicklung in der Zukunft prägen?
2. Welche Handlungsansätze und Vermittlungsinstrumente vor Ort sind besonders dazu geeignet, das Bewusstsein für die Rahmenbedingungen sowie die Herausforderungen und Chancen städtischer Transformationsprozesse in der Fachöffentlichkeit einerseits und bei einem breiten Publikum andererseits zu wecken?
3. Wie können die Ansätze der Modellvorhaben zusammengefasst und zu einem Orientierungsrahmen für andere Städte ausformuliert werden? Wie kann die Rolle des Bundes dabei verdeutlicht werden?
4. Welche Anknüpfungspunkte für eine Weiterentwicklung ergeben sich unter diesen Voraussetzungen für die Städtebauförderpolitik des Bundes?



ExWoSt-Forschungsfeld "Nationale Stadtentwicklungspolitik"

Themenfarben	○ Modellvorhaben
 Bildung	 Kooperationsprojekte mehrerer Standorte
 Soziales	 Projekte ganzer Regionen
 Energie und Umwelt	× bundesweite Projekte (genauer Projektstandort steht noch nicht fest)
 Städtebau und Baukultur	
 Sonstige	

Am neuen Forschungsfeld zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik sind schwerpunktmäßig Modellvorhaben in den Themenbereichen „Bildung und Soziales“, „Energie und Umwelt“ sowie „Städtebau und Baukultur“ beteiligt. Die Karte zeigt die ersten 21 Modellvorhaben des Forschungsfeldes, detailliertere Informationen zu den Projekten werden aktuell für die Internetplattform „Nationale-Stadtentwicklungspolitik.de“ erarbeitet, die ab April 2008 online sein wird.

2. Bundeskongress im April 2008

Am 17. und 18. April 2008 veranstaltet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gemeinsam mit der Bauministerkonferenz, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund den **2. Bundeskongress zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik**. Der Kongress findet in München in der Alten Kongresshalle auf der Theresienhöhe statt. Ziel des Kongresses ist es, die Schwerpunkte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik weiterzuentwickeln und gute Beispiele aus dem In- und Ausland zu diskutieren. Neben

dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Wolfgang Tiefensee und Oberbürgermeister Christian Ude konnte bisher Julian Nida-Rümelin als Redner fest gewonnen werden.

Sie können sich schon jetzt unter info@imorde.de zum Kongress verbindlich **anmelden**. Das Kongressprogramm und die Anmeldeunterlagen stehen aber auch in Kürze unter www.bbr.bund.de für Sie zur Verfügung.



Blick zurück, Blick nach vorn

Zum Bericht des Wissenschaftlichen Bereichs 2004/2005/2006

Bevor man daran geht, die Welt zu ordnen, muss man zuerst die Wirklichkeit abschaffen. (Robert Musil).

Dieses vertrackte, aber nachdenklich stimmende Zitat leitet den Geschäftsbericht des Wissenschaftlichen Bereichs (WB) im BBR ein. Zwar ist „Ordnung“ ein Namensbestandteil des BBR, aber der Ordnungsansatz ist für die Raumentwicklung kein eigentlich zeitgemäßer mehr. Und die Wirklichkeit der Raumentwicklung – bilden wir sie mit unseren Arbeiten ab, wollen wir sie verändern? Genügend Fragen für die Zukunft der Erforschung der räumlichen Entwicklung! Aber genügend Fragen stellen sich auch für die institutionelle Absicherung der Raumforschung auf Bundesebene.

Nicht zuletzt deshalb ist es wichtig, einmal inne zu halten und Bilanz zu ziehen. Dies versucht dieser Bericht – für einen Zeitraum von mehr als drei Jahren – in knapper Form.

Deshalb verbietet es sich, ihn hier in noch gedrängterer Form vorzustellen. Neben den Themenschwerpunkten der letzten Jahre und für die nähere Zukunft geht er auch auf die für den 1.1.2009 geplante Reorganisation des Amtes ein, die zu einer neuen, auch institutionellen Selbständigkeit des WB führen soll.

Ihnen als BBR-Info-Leser dürften die Themenschwerpunkte und Kernaufgaben der letzten Jahre sowie für die nähere Zukunft bekannt sein. Wir haben kontinuierlich darüber berichtet. In diesem Bericht sind sie übersichtlich und nach den Kernaufga-

ben des WB gegliedert dargestellt. Es ist ein kurz gefasstes Panorama seines, unseres Arbeitsprofils.

Beim Aufgabenspektrum, das von der wissenschaftlichen Analyse bis zur Durchführung von Ressortforschungsprogrammen, von der Vertretung des BMVBS in vielfältigen Gremien bis zur Erstellung politischer Berichte reicht, haben die Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung der Ressortforschungsprogramme an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung spiegelt einerseits die Bedeutung des WB für die inhaltliche Arbeit des BMVBS wider, bindet aber andererseits zunehmend auch Arbeitskapazitäten, die dann nicht mehr für die wissenschaftliche „Regenerierung“ zur Verfügung stehen.

Heute steht das BBR insgesamt und damit auch der WB vor einer grundlegenden Neustrukturierung. Die derzeitigen Überlegungen über die Zukunft des BBR laufen auf eine Trennung des Baubereichs und des Wissenschaftlichen Bereichs hinaus. Zum 1.1.2009 soll es eine Bundesanstalt für Bauaufgaben und ein Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung geben. Die Überlegungen zur Neustrukturierung, die im Bericht auch angesprochen werden, versuchen sowohl Anregungen aus der 2005/2006 erfolgten Evaluierung des Wissenschaftlichen Bereichs durch den Wissenschaftsrat als auch Gedanken aus derzeit insgesamt diskutierten Neubaubestimmung der Ressortforschung des Bundes aufzugreifen – beide fordern eine stärkere Forschungsorientierung.



Der Bericht liegt in einer begrenzten Auflage gedruckt vor. Er ist kostenlos und kann per E-Mail bezogen werden:
selbstverlag@bbr.bund.de

Der Bericht steht auf der Internet-Seite des BBR zum download unter:
<http://www.bbr.bund.de/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2007/taetigkeitsbericht.html>

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn
Telefon: 0 228 99-4 01 -0
Telefax: 0 228 99-4 01 -22 66
Web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockshecker

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.
Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 1/2008– Februar

ISSN 1434 – 9590



Neues aus der Forschung – www.bbr.bund.de

Neue *Internetbeiträge aus der Forschung* finden Sie unter **Neues/Termine/Internetbeiträge aus dem wissenschaftlichen Bereich**.

In der Rubrik **Forschungsprogramme**:

Allgemeine Ressortforschung / Raumordnung

- Die deutsche Hafenentwicklung an der Nord- und Ostseeküste und ihr raumordnerischer Handlungsbedarf
- Ausgleichspolitische Bedeutung der Sozialversicherungssysteme

Allgemeine Ressortforschung / Bauwesen

- Energieeffiziente Sanierung und Modernisierung eines Wohngebäudes in Plattenbauweise in St. Petersburg

ExWoSt-Studien

- Renaturierung als Strategie nachhaltiger Stadtentwicklung
- Reurbanisierung der Innenstadt
- Umsetzung der EU-Initiative JESSICA und internationaler Best-Practice-Vergleich zu neuen Finanzierungsformen in der Stadtentwicklung

ExWoSt-Forschungsfeld

- Energetische Stadterneuerung

MORO-Initiative

- Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel (Veranstaltungsdokumentation)

Interreg

Neue Rubrik: Nationale Förderung – Bundesprogramm „Transnationale Zusammenarbeit“

In der Rubrik **Forschen und Beraten**:

Wohnungswesen

- Kostenstrukturen und Qualitäten im Wohnungsbau

Weitere Downloads zu aktuell erschienenen *Publikationen* finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine** unter **Veröffentlichungen**.

Alle *Veranstaltungen* finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine** unter **Veranstaltungen wissenschaftlicher Bereich**.

Kontakt:

Dr. Karin Veith
Referat I 7
Wissenschaftliche Dienste
Tel.: 0228 99 – 401 22 97
E-Mail:
karin.veith
@bbr.bund.de